

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Markt, Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familienangelegenheiten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Markt, Kleine Anzeigen per Wort 5.— Markt. — Retikelpreis: Die Millimeterzeile 3 gespaltene oder deren Raum im Text 280.— Markt.

Schlesische

Seitungspreis: Durch Austräger Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Monat und Guthaben des Differenzbetrages für Monat Juni. — Redaktionspreis: 5—8 Uhr nachmittags Postfachkonto: Breslau Nr. 810 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 122.

Dienstag, den 29. Mai 1923.

5. Jahrgang.

Zwei Millionen Bergarbeiter im Streit

Arbeiterschlächterei in Bochum / Deutsche Polizei und Poincaré-Offiziere gegen die Streikenden / Die Zentrale der RPD. an die Ruhrarbeiterschaft

Der „Vollst. Zeitung“ wird aus Bochum gemeldet: Seit heute nachmittag stehen nach Schätzung von gut unterrichteter Seite rund 2.000.000 Bergleute und Zehntausende von Metallarbeitern im Streit. Das Streikgebiet umfasst in erster Linie das Zentrum des ganzen Ruhrbezirks Gelsenkirchen, Bochum, die dazwischen liegenden Orte Wattencheid, Steele, Rotthausen, weiter östlich Dortmund und die in seiner Umgebung liegenden Zeche und über die Besetzungsgrenze westlich die Zeche Radbod und Sachfen. Weiter hat sich der Streik nach Westen hin bis in die Gegend von Hamborn ausgebreitet, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß inzwischen auch die an der militarisierten Nordstraße gelegenen Grubenanlagen schon in den Streikbereich einbezogen sind, denn dort habe in Laufe des Sonntags Versammlungen stattgefunden, die sich mit der Streiklage beschäftigten. Man muß damit rechnen, daß auch hier das Ergebnis der Besetzungen der Eintritt in den Zustand sein wird.

Mit dem Streik der Bergleute geht der Zustand in der Metallindustrie Hand in Hand. Vom Bochumer Verein, wo die Frühlingsfrucht vollständig zur Arbeit erschienen war, ist heute die gesamte Belegschaft am Vormittag aus den Betrieben geholt worden. Auf einer Fahrt durch das Revier war es sehr interessant festzustellen, wie die Streikbewegung immer weiter um sich greift. Auf den Zechen bei Steele und Rotthausen war die Belegschaft in Zehntausenden versammelt und hörte den Rednern zu, die für den Streik elatrieren. In Bochum um stand weiterhin noch die Belegschaft folgender Werke in den Ausstand getreten: die Stahlindustrie Gidhoff, Westfalia, Föhrendellerhütte und Bochumer Eisenhütte. Außerdem ist heute vormittag beschlossen worden, die städtischen Beleuchtungs- und Wasserwerke stillzulegen. Gegenwärtig, am Nachmittage, ist es ganz ungewiß, ob diese städtischen Werke über die Tagessicht hinaus weiter arbeiten werden.

Der Metallarbeiterstreik geht im Süden weit über das Ruhrgebiet hinaus und da hat bereits auf den Rheinischer Bezirk übergreifen. Auch das Personal der Straßenbahnen im Westen des Reviers ist teilweise in den Ausstand getreten, so daß der Verkehr nur mit großen Schwierigkeiten möglich ist. Bei der weiteren Ausdehnung des Streiks, wobei die großen Werke, die den Strom liefern, in Mitleidenschaft gezogen werden, muß der Verkehr zur Unmöglichkeit werden, zumal der Eisenbahnverkehr durch die neuerlichen Besetzungen wiederum verringert werden mußte.

In Bochum halten die Kommunisten nach dem nächsten Gesicht mit der Feuerwehr die anliegenden Straßen besetzt, weil sie hoffen, die Gefangenen auf dem Transport zum Gefängnis befreien zu können. Inzwischen hat sich in aller Eile ein Abwehrschuch gebildet, an dem sich neben der Arbeiterschaft auch das Bürgertum beteiligt. (In dieser Form ist die Meldung erfolgt: es handelt sich vielmehr um die Bildung eines faschistischen Selbstschutzes, wodurch selbstverständlich die Gefahr neuer Zusammenstöße in unmittelbarer Nähe gerächt ist. D. Red.) Dieser Abwehrschuch trägt weiße, gestempelte Armbinden, während die kommunistischen Hundertschaften mit roten, ungestempelten herumlaufen. Weiß und rot, das sind die beiden Parteien, die sich in Bochum gegenüberstehen, und zwar mit solcher Feindschaft und Entschlossenheit, daß man wohl für den heutigen Abend und für die Nacht noch mit Zusammenstößen rechnen muß. Die Lage wird in Bochum als sehr bedrohlich angegeben, zumal der französische Kommandant eine Mehrbesetzung der Feuerwehr und der Polizeibeamten nicht erlaubt hat. Es ist von ihm allerdings die Erklärung abgegeben worden, daß die französischen Truppen sich vollkommen neutral verhalten würden und nirgends eingreifen wollen. Ein großer Teil der Geschäfte war auch tagsüber geschlossen.

Französische Brutalität gegen die Streikenden

In Steppenbergr bei Eilen waren Streikbrecher auf Streikende mit Steinen. Dabei slog ein Stein durch das Fenster eines französischen Offiziers. Die Franzosen ließen 70 Streikende verhaften und die Streikenden mit erhobenen Händen an

die Wand stellen. Zwei ältere Arbeiter, die die Arme sinken ließen, wurden sofort erschossen. Damit haben die französischen Offiziere erneut einen Beweis ihrer „Solidarität“ mit den Streikenden und Kommunisten gegeben.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr Proletariat im Ruhrgebiet steht wieder um im Vordertreffen des revolutionären Kampfes. Die deutsche Bourgeoisie hat bankrott gemacht mit ihrer Erfüllungspolitik und ist jetzt dabei, Bankrott zu machen, mit ihrer ohnmächtigen Sabotagepolitik gegen den Einbruch des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet.

Die deutsche Bourgeoisie-Regierung ist zu schwach, Erfüllungspolitik zu treiben und vollkommen ohnmächtig, den Abwehrkampf gegen die Besetzung des Ruhrgebiets zu führen.

Die deutsche Bourgeoisie will nicht zahlen und kann nicht kämpfen.

Sie hat die Lasten der Erfüllungspolitik der Arbeiterklasse aufgeschuldet und will jetzt die Kosten der Sabotagepolitik der Arbeiterschaft aufbürden.

Der Abwehrkampf gegen die französische Invasion war so schwächlich, weil die Kapitalisten nicht für die Interessen des deutschen Volkes kämpfen wollten, sondern von vornherein nur um einen größeren Profitanteil bei der gemeinsamen Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse durch die deutsche und Ententebourgeoisie.

Deshalb versucht sie, ihre faschistischen Banditen auf die Arbeiterschaft loszulassen. Die schwere Notlage, die die Arbeiter zwingt, zur Rettung ihrer nackten Existenz Lohnkämpfe zu führen, benutzen die faschistischen Banditen, die Arbeiter in Putzschere hineinzureißen, um sie isoliert niederzuschlagen. Die organisierte Provokation steht altenmäßig fest.

So will die deutsche Bourgeoisie vor der Arbeiterklasse ihre Verantwortung für die Kapitulation vor der französischen Bourgeoisie mit der Dolchstoß-Legende verkleiden.

über den Terror und die Kommunistenherrschaft.

Dabei steht fest, daß sie ihre Faschistenbanden Die bürgerliche Presse im ganzen Reich schreit in Essen kommandierte, Plünderungen zu organisieren, und unter dem Gesange der „Internationale“ auszuführen. Die von der Schwereindustrie ausgehaltenen Faschistenbanden waren es, die die Krawalle in Mülheim organisierten. In Dortmund wurden von den proletarischen Hundertschaften Orgeschprovokateure festgenommen, die die Arbeiterschaft zum Sturm auf die Polizeiwache hetzten, und in Gelsenkirchen Plünderungen der Läden und Geschäfte organisierten. Nur das Einsehen der proletarischen Hundertschaften, der gemeinsame Selbstschutz aus Sozialdemokraten, Christen, Hirschen, Syndikalisten, Kommunisten und parteilosen Arbeitern konnte in Dortmund, Gelsenkirchen und anderen Orten die Plünderungen und weiteren Provokationen der Faschisten verhindern.

In Hamborn verbreiteten die Faschisten anonyme Plakate, um die Solidaritätsstimmung der Arbeiterschaft zu ihren dunklen Zwecken auszunutzen.

Aber die Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie die Manöver der den Landeserrat vorbereitenden Schwerkapitalisten durchhaut und bereits durchkreuzt hat.

Während die SPD-Bürokraten und reformistischen Gewerkschaftsführer immer noch Einheitsfront mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft machen, hat sich die Arbeiterschaft zur proletarischen Einheitsfront zusammengeslossen.

Die Arbeiter kämpfen mit elementarer Wucht in geschlossener Front trotz der Sabotage der SPD, und der verräterischen Gewerkschaftsführer und trotz des Provokationsversuchs der Faschisten für einen Arbeitslohn, der sie vor dem nackten Verhungern schützt.

Die Ruhrarbeiterschaft kämpft vorläufig um die nackte Existenz, sie weiß, daß sie allein nicht den Kampf um die politische Macht führen kann. Im Augenblick, wo sich die deutsche und französische Bourgeoisie vereinigt zur gemeinsamen Ausbeutung des Ruhrproletariats und der gesamten werktätigen Massen ganz Deutschlands, führt die Ruhrarbeiterschaft den Kampf als Lohnkampf, bis die gesamte deutsche Arbeiterklasse den Verrat der SPD, und der Gewerkschaftsbürokratie erkannt hat, und im ganzen Reich den Kampf aufnimmt.

Für eine Arbeiterregierung, die die Massen sammelt zur Entwaffnung der Faschisten

und Bildung des bewaffneten Selbstschutzes der deutschen Arbeiterklasse; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

und Bildung des bewaffneten Selbstschutzes der deutschen Arbeiterklasse; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

für die Befreiung der Sachwerte und Metallarbeiten der Arbeiter; die den Kampf durchführt

Die Empörung der schlesischen Landflaven

Aus Striegau geht was die Mitteilung zu, daß die Landarbeiter am Sonntag in einer Versammlung den Streik einstimmig beschlossen haben. Die Stimmung ist kampfesfreudig.

Wir können im Moment noch nicht übersehen, ob dieser Beschluß der Striegauer Landarbeiter weitere Kreise ziehen wird. Fest steht, daß die aller Beschreibung spottende elende Lage der schlesischen Landarbeiter die stärkste Erregung unter der Landarbeiterbevölkerung hervorgerufen hat. Wir haben in unserem gestrigen Artikel „Das Elend der schlesischen Landarbeiter“ bereits auf das unbewußte Eingeständnis der Breslauer Volkswacht hingewiesen, daß die „Burgfriedenspolitik“ des DGB, das ungeheure Elend auf dem Lande verschuldet hat.

Die „Volkswacht“ schreibt wörtlich:

„Im Februar, während der Ruhrbesetzung, und des mit den Spitzenorganisationen in Berlin geschlossenen Burgfriedens, wurde ein Tarifvertrag geschlossen, der für die damalige Zeit außerordentlich hohe Lohnzulagen brachte. — Zu gleicher Zeit wurde aber auch ein Lohnrechnungs-system auf Grund der Roggenwährung gegen den Willen des Deutschen Landarbeiterverbandes, aber unter Bestürmung des christlichen (lies deutsch-nationalen, d. Red.) Zentralverbandes, angenommen. Heute sind die von den Vertretern des Deutschen Landarbeiter-Verbandes ausgesetzten Beschränkungen voll und ganz eingetreten.“

Klar geht hieraus hervor, was wir den Vertretern des Landarbeiterverbandes im vorigen Artikel als Anklagen ins Gesicht schleuderten. Aber der Artikelschreiber sagt sich weiter an: „Die Vertreter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes mühten sich im April, unter Berücksichtigung der weiter einsetzenden Teuerung und Geldentwertung, für den Mai erhöhte Lohnzulagen zu erreichen. Ein eigens dazu eingesetztes Schiedsgericht, an der Spitze ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, sprach den Landarbeitern für den Mai eine Lohnzulage zu, und so mühten die Landarbeiter den ganzen Mai hindurch bei der ungeheuer ansteigenden Teuerung ohne jede Lohnzulage die Teuerung auf ihre schwachen Schultern nehmen.“

Wir fragen dazu: Warum bemühten sich die Vertreter erst im April, warum denn nicht, wenn sie das Elend schon voraussaßen, schon im Februar? Warum bemühten sie sich über-

haupt um Lohnzulage erst für Mai, warum nicht rückwirkend für April, wenn im April schon der Landarbeiter Not litt? Warum „bemühten“ sie sich überhaupt, wo sie doch hätten rücksichtslos fordern müssen?

Und warum warten sie denn, bis die Frühjahrbestellung vom Landarbeiter mit hungerndem Magen gemacht war?

Warum stellte der DGB, denn die Agrarier nicht vor die Wahl: entweder du bewilligst, oder du bestellst nicht einen Morgen Sommerung, du bekommst nicht eine einzige Rübe und Kartoffel in den Acker?

Der Agrarier hätte es sich nicht lange überlegt, er hätte bewilligt, um nicht vor der Pleibe zu stehen. Oder glaubten etwa diese famosen Arbeitervertreter, es würde über die Kraft des Agrariers gehen, er wäre finanziell nicht in der Lage, die Forderungen zu erfüllen? Nein, das glaubten sie nicht, denn sie schreiben ja in der „Volkswacht“ selbst:

„Da die schlesische Landarbeiterchaft in den letzten Monaten vollständig verelendet, und bei dieser Bezahlung die Lust und Liebe zur ländlichen Arbeit schwinden muß, aber auf der anderen Seite die Arbeitgeber von der Volkswirtschaft solche Preise für ihre Produkte fordern, daß sie bequeme die geforderten Löhne zahlen könnten, so hat die Allgemeinheit des Volkes an der Entwicklung dieser Dinge das größte Interesse.“

Die Herren vom DGB bekennen ja auch, daß die Allgemeinheit an der Entwicklung der Dinge das größte Interesse hat. Warum haben sie denn da nicht durch einen Streik zur rechten Zeit, während der Frühjahrbestellung, das Interesse der Allgemeinheit auf die unhaltbaren Zustände hingelenkt? Glaubten sie etwa, bei dieser Allgemeinheit keinen Anknüpfung zu finden, bei dieser selben Allgemeinheit, die von tiefer Erbitterung gegen die Dorfwohner erfüllt ist? Oh, der Anknüpfung wäre so stark gewesen, daß den Agrariern Angst und Bange geworden wäre! Nun ist der Agrarier aus dem Druck heraus, nun hat er seine Sommerung bestellt, nun hat er den Arbeiter vorerst nicht mehr so nötig, nun lehnt er auch mit zimlicher Frechheit die am 22. Mai erhobenen Forderungen ab, wie die „Volkswacht“ berichtet:

„Dieserhalb fanden am 22. Mai wiederum Verhandlungen statt. — Die Arbeitnehmervertreter forderten in Rücksicht auf die ganze Volkswirtschaft, und um die Landwirtschaft vor Erschütterungen durch Streiks zu bewahren, eine angemessene Lohnzulage, noch nachzahlbar für den Monat Mai und

Franzosen an der Seite der Faschisten

Dortmund, 28. Mai.

Nach einem Ueberfall der Polizei auf die Zentralstreikleitung marschierten unter Anführung von sechs Offizieren 20 französische Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr in das Kampfbüro der Polizei. Diese Maßnahme ist ein Ergebnis der Verhandlungen zwischen den deutschen Behörden und den französischen Besatzungsbeamten.

Die Minderheit diktiert

Der Kongress der 2. und 3. Internationale verhängte sich hinter der Phrase von der Demokratie: die Minderheit muß sich den Wünschen der Mehrheit fügen. Am Donnerstag wurde der internationale Kongress der Sozialistischen Jugendorganisationen eröffnet. Die kommunistische Jugend unterbreitete diesem Kongress einen Antrag auf Schaffung einer Einheitsfront. Es war kein Diktat. Man wünschte zunächst Verhandlungen, um sich über die Grundlagen gemeinsamer Handelns zu verständigen. Die Internationale der Reformisten lehnte die Schaffung einer Einheitsfront ab, lehnte Verhandlungen ab. Die kommunistische Jugend umschließt zwei Drittel des organisierten arbeitenden Jugendproletariats. Die Minderheit diktiert: Einheitsfront abgelehnt! Die Reformisten fangen sich in ihrer eigenen Schlinge.

Faschisten von hinten

Ein heftigeres Pfingsterlebnis teilte unsere sehr schwache Ortsgruppe in Falkenburg in Pommern mit: Am Pfingstsonntag hielt der dortige Radsportverein „Solidarität“ seine Bannerweihe ab, die mit einer Radsporttour durch die Stadt verbunden war. Der Polizeigewaltige genehmigte die Veranstaltung nur unter dem Vorbehalt, daß in den Neben jede rabulische Aeusserung vermieden werde. Nach der Feier stiegen ein Teil der Arbeiter, Radfahrer und die mit ihnen vereinigte Arbeiterjugend auf eine Abteilung des Jungsturms (eine militärische faschistische Jugendorganisation unter Führung eines Leutnants und Unteroffiziers. Durch das Nachsehen der Arbeiter über den verunglückten Parademarsch des Jungsturms gereizt, zogen die Führer ihre Pistolen und richteten sie gegen die Arbeiter. Das war das Zeichen zu einer spontanen Entschärfungsaktion, durch wohlverdiente Ohrfeigen, die ein älterer Arbeiter dem verübten Leutnant verabreichte, eingeleitet. Hals über Kopf stürzte der mutige Jungsturm davon, durch die Bahnsperre, über die Bahngelände hinweg und verschwand sich in einem Eisenbahnwagen. Den Leutnant und Unteroffizier überließ er ihrem Schicksal. Wann wohl der Falkenburger Jungsturm wieder zu provozieren versuchen wird?

Guno hält die Waffen

Wenn die Proleten doch schon verhungern, so ist es nur ein Akt der Gerechtigkeit, daß sie das Grabgeläute umsonst haben. Und also hat das Reichswehrministerium unter dem gewiß sehr frommen General Grenier beschlossen, daß Kirchenglocken sprachlos besetzt werden. Die sicher ebenso fromme (schon von berufswegen) Olo. Lang ebeneri Heinrich Jumper (Schreib) dazu in der „Germania“: „Wir hoffen aber weiterhin, daß es uns noch gelingen wird, den Kirchengemeinden einen erheblichen Anteil an den Kosten der neuen Geläute von reichswegen zu ersetzen.“ Das spielt an auf die Ablieferung von Kirchenglocken während des Krieges, um aus ihnen sicherlich gemäß der Christlichen Lehre und Tradition, Kanonen gießen zu lassen. „Herr, verzeih' ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun!“

Sturz des polnischen Kabinetts

Das Mißtrauensvotum für das Kabinett Czerwinski wurde in der Sitzung mit 279 Stimmen gegen 117 Stimmen beschlossen.

Explosion in Kettebach — fünf Tote

Wie die Frankfurter Zeitung aus Kettebach (Main) meldet, ist in der dortigen Munitionsfabrik abermals eine Explosion beim Entladen von Granaten erfolgt. Fünf Personen erlitten tödliche Verletzungen. Vier weitere wurden mit schweren Verletzungen in das Mainzer Krankenhaus gebracht.

100 Häuser abgebrannt

Reuter meldet aus Montreal, daß am Sonntagabend in Saint Agapit etwa 100 Häuser der wohlhabendsten Montrealer Bürger durch Feuer zerstört wurden.

22. Mai 8 Prozent und am 24. Mai 31 Prozent. Und dabei stellen sie sich hin und verkümmern mit frommen Augenaufschlag, die Köpfe ihrer Arbeiter (die seit Januar nicht erhört worden sind) entsprächen immer noch den Preisen.

Für das Ruhrproletariat haben sie keine Zeit

Die Delegation der Betriebsräte Rheinland-Westfalen hat dem Präsidium des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Hamburg folgendes Protestschreiben zugesandt:

Hamburg, den 20. Mai 1923
Werte Genossen!

Der Bundesauschuß der Betriebsräte Rheinland-Westfalen hat uns als Delegation zum Sozialisten-Kongress nach hier entsandt. Er ging von der Voraussetzung aus, daß der Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag, gegen den internationalen Faschismus, für die Befreiung des Ruhrgebietes vom französischen Militarismus nur durch die gemeinsame Aktion des internationalen Proletariats geführt werden kann. Er war weiter der Auffassung, daß der internationale Kongress in Hamburg die Körperschaft sei, die, in Verbindung mit der 3. Internationale, die Kräfte des Weltproletariats zum Kampfe aufrufen muß.

Das Ruhrproletariat, das besonders unter dem Druck des französischen Militarismus leidet, hat ein besonderes Interesse daran, zu wissen, in welcher Form der Kongress zum Kampf für die Befreiung des Ruhrgebietes aufruft. Unterzeichnete Delegation wurde deshalb beauftragt, beim Kongress vorstellig zu werden, und zu erfahren, wie Ihr Eure Entscheidungen zur Sicherung des Lebens und der Existenz der Ruhrarbeiterschaft treffen wollt.

Wir und mit uns das Ruhrproletariat haben erwartet, daß der Kongress zum Kampf für die Befreiung der Ruhrarbeiterschaft vom militärisch-kapitalistischen Joch aufruft. Wir müssen nach den bisherigen Erfahrungen feststellen, daß wir in unseren Erwartungen schwer getäuscht worden sind. Mit Enttäuschung geben wir der Arbeiterschaft Kenntnis, daß Ihr es abgelehnt habt, uns zu empfangen, um die Wünsche und Fragen des Ruhrproletariats entgegenzunehmen. Wir sind dadurch gezwungen, unberichteter Sache zurückzufahren.

Wir fordern die Mitglieder der auf dem Kongress vertretenen Parteien in allen Ländern auf, ihre Delegationen zur Verantwortung zu ziehen und innerhalb ihrer Organisationen die Führer zum Handeln zu zwingen.

Mit proletarischem Gruß
BSPD.: UESP.:
gez. Böcker. Bremer.

Das Angebot der Industrie

In der Reichsregierung herrscht völlige Ratlosigkeit. Die Bedingungen der Industrie für eine Garantie sind bereit, daß sie die Aufgabe jeder selbständigen Politik bedeuten. In den letzten Tagen sind drei Vertreter der Regierung nach London geschickt worden, um sich über die englische Meinung zu informieren. Aber die im ersten Angebot genannte Summe will man vorläufig nicht hinausgehen. Sozialdemokratie und Zentrum geraten allmählich in eine immer härtere Opposition. In gemäßigten bürgerlichen Zeitungen wird überhört, daß durch Streikemanu ersetzt werden müsse. Das „Angebot“ der Industrie von dem in letzten Tagen viel Rede war, besteht in einem Schreiben, das der Vorstand des Reichsverbandes der Industrie an den Reichsfinanzminister gerichtet hat. Die Welt am Montag tritt aus dem Zufall interessante Einzelheiten mit. Prinzipiell wird festgestellt, daß die Privatindustrie für die aus dem Versailler Friedensvertrag sich ergebenden Lasten nicht haltbar sei. Wenn die Industrie sich trotzdem an den Garantien beteiligt, verlangt sie:

1. Daß zuerst die Staatsbetriebe energisch herangezogen und nach privatrechtlich-fiskalischen Grundsätzen aufgezogen werden. Daraus ergebe sich schon eine Garantie von einer Million Goldmark.
 2. Als Garantienobjekte der Industrie kommen nur Grund und Boden und Gebäude in Betracht.
 3. Vereinfachung der Finanzwirtschaft und der Außenhandelskontrolle.
 4. Herstellung der vollen Tarifvertragsfreiheit (Befreiung des Lohnabkommens).
 5. Befreiung der Industrie von unproduktiven Ausgaben.
- Unter diesen Bedingungen will die Industrie eine Garantie bis zu einem jährlichen Gesamtbeitrag von 20 Millionen Goldmark eingehen. Dieses „Angebot“ trägt eine brutale offene Sprache. Es bedeutet die reißende Abwälzung aller Lasten auf den Reparationen auf das Proletariat und die Prädation der letzten Kräfte und Schutzbestimmungen für die deutschen Arbeiter.

Diesem, wenn auch lahmem Protest gegen die unverschämte Kommunistenbege hat sich der „Vorwärts“ abgerungen, weil den sozialdemokratischen Arbeitern selbst die Augen aufgehen. Die Breslauer „Volkswacht“ freilich hegt im gemeinsamen Volkswacht weiter gegen alles, was in gerechter Empörung in der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt. Wie lange noch — das haben die sozialdemokratischen Arbeiter Breslaus in der Hand.

Ein ehrliches Wort!

„Aber nichts ist dümmere, als wenn man die Kommunisten des Ruhrgebietes, und damit natürlich auch die Sozialisten und alle Arbeiter, verantwortlich machen wollte für die Störung des Widerstandes an der Ruhr. Der ist nämlich von den Industriellen schon längst gestört worden.“

Aus dem „Volkswacht“ sozialdemokratisches Organ für Oberschlesien, vom 29. Mai 1923.

Die wahren Freunde der Franzosen

Deutsche Polizei fordert bei Poincare-Offizieren Unterstützung gegen eine Volksbewegung des Ruhrgebiets. Vor einiger Zeit trat die Belegschaft der Zeche „Victoria“ in Lünen in den Streik, weil statt sechs nur fünf Schichten ausgeführt wurden. Es gelang der Belegschaft, die Auszahlung von sieben Schichten durch ihr geschlossenes Auftreten zu erlangen und den Abzug der auf den Belegschaft beruhenden Lünener Polizei zu erzwingen. Während dieser Vorgänge tauchte unter der Arbeiterschaft das Gerücht auf, der Lünener Polizeikommissar habe zur Unterstützung seiner Leute gegen die Arbeiter bei den Franzosen Verstärkung angefordert.

Die Belegschaft der „Victoria“ beauftragte eine Kommission mit der Untersuchung dieses Gerüchtes. Die Kommission fragte zuerst den Polizeikommissar Nahe selbst und erhielt — natürlich — eine verneinende Antwort. Dann begab sie sich auftragsgemäß zur Postkontrolle der Besatzung am Bahnhof und erfuhr vor Zeugen den Inhalt folgenden Protokolls:

Am 14. April erschien der Kommissar Nahe bei dem zuständigen Besatzungskommissar und erbat 20 Mann Verstärkung zur Unterstützung der Bewegung auf der Zeche. Die Offiziere Poincares lehnten diese Aufforderung ab mit einer Begründung, die ebenso lehrreich ist, wie die Anforderung selbst. Sie erklärten nämlich, die Besetzung der Zeche stehe sowieso unmittelbar bevor (tatsächlich ist sie inzwischen erfolgt) und man befürchte, die Erregung der Arbeiter durch ein solches Vorgehen unnötig zu vergrößern.

Wir entzünden uns darüber nicht. Schließlich sind solche Dinge an der Tagesordnung im besetzten Gebiet. Die Kohlenförderung, die den Franzosen eine tägliche Abfuhr von 10 000 Tonnen erlaubt, die Arbeitsüberlastung der französischen Paß- und Auswärtigen gehören auf das gleiche Blatt. Die Guno-Regierung und der Genosse (?) Regierungspräsident G. Güner haben durch ihre letzte untertänige Bitte an den französischen Kommandanten bewiesen, daß sie selbst es nicht sehr ernst meinen mit der „nationalen Abwehr“. Wie sollte man von den geschäftstüchtigen Unternehmern etwas anderes verlangen! Aber das Proletariat sieht hieraus, was es in seinem Kampfe gegen den französischen Militarismus von den deutschen „Nationalisten“ zu erwarten hat. Verrot und Hungergepeinigtes — und Niedertrampeln durch die französische Soldateska.

Die Lohnverhandlungen für die Ruhrbergleute

Berlin, 20. Mai. Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Bergarbeitern über den Jahressatz zu einer Einigung auf Grund von 23 Prozent Lohnsteigerung. Derzeit sind bereits die Vorschläge für die zu erwartenden Erhöhungen, z. B. die Erhöhung des Brotpreises inbegriffen.

Abbruch der Thüringer Verhandlungen zwischen SPD. und BVP.

Auf die Vorschläge der SPD. gab die Verhandlungskommission der BVP. nur unzureichende Erklärungen ab, die einer Ablehnung der gemeinsamen proletarischen Forderungen aus den Betrieben, der Kontrollausschüsse der Arbeiterschaft, des Betriebsräte-Kongresses und der Arbeiterregierung gleichkommen. Die SPD. gab daraufhin eine Erklärung ab, die die Koalitionsbestrebungen, die Ablehnung einer wirklich proletarischen Partei durch die BVP. feststellt. Das Wort haben nun die breiten Massen der Thüringer Arbeiterschaft.

Mit dem Ansturz. Der deutsche Stahlmarkt hat seine Preise wieder einmal erhöht. Seit dem 11. Mai ist das die dritte Erhöhung der Stahl- und Eisenpreise. Am 11. Mai betrug die Erhöhung 23 Prozent aus

unter Berücksichtigung der weiterstehenden Weltentwertung und der damit verbundenen Zuleitung, eine auf diesen Lohn 100prozentige Wollwertschöpfung. Die Arbeitgebervertreter lehnten dieses ab und wollten nur zugestehen, was auf Grund eines unbrauchbaren Errechnungssystems festgestellt wird, was nicht einmal für den Monat Mai befriedigend, noch für den Monat Juni angenommen werden kann.

Das ist ganz der Arbeitervertreter aus der SPD., wie er leidet und leidet. Er fordert nicht im Lebensinteresse der ihm anvertrauten Arbeiter, deren Brot er ist, deren Sprecher und Vorkämpfer er sein soll. Er fordert im Interesse der gesamten Volksernährung und — was das Beste ist — er fordert, um die „Landwirtschaft“ vor Erschütterungen durch Streiks zu bewahren, die den Agrarern eventuell ihre Profite vermindern könnten!

Er bläht sich wie ein Frosch, wenn er von Volksernährung redet, und dergleichen, daß der Landarbeiter unterernährt ist, ebenso wie das ganze Volk, dank der Profitsucht derselben Landwirtschaft, die er vor Erschütterungen bewahren will, unterernährt ist! (Wir werden noch weiter auf die brennende Landarbeiterfrage eingehen.)

Der Kampf der Ruhrarbeiter

Die Arbeiterschlächterei in Bochum. Berlin, 20. Mai. Der Bericht der Bochumer Arbeiterschlächterei liegt vor. 18 Tote, 107 Verwundete, grauenhafte Mißhandlung verwundeter Arbeiter.

Dortmund, 20. Mai. Eine Reihe weiterer Zeichen und Metallbetriebe sind in den Streik getreten, besonders in Fern und Henschel.

Die gemeinen Lügen über Minderheiten in Essen

Essen, 20. Mai. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Meldungen über Minderheiten in Essen sind zu durchsichtigen Zwecken frei erfunden. Die Kaufmannschaft erkennt die musterwürdige Ordnung der Kontrollauschüsse gegen den Wucher und der Hundeherrschaffen an. Die Kontrollauschüsse verhandeln mit den Behörden über die Organisation der Wucherbekämpfung.

Der Streik in Oelsenkirchen allgemein

Köln, 28. Mai. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Oelsenkirchen ist heute nachmittag die Arbeitseinstellung allgemein. Alle Bergleute feiern. Auch in der Umgebung von Oelsenkirchen streiken die Bergleute.

Regeln statt Brot

Düsseldorf, 28. Mai. Etwa eine Versammlung Eisenarbeiter ging die Polizei mit der Waffe vor. Hierbei wurde ein Eisenarbeiter durch einen Kopfschuß getötet.

Gegen die verlogene und gemeine Berichterstattung der „Volkswacht“

Daß die Breslauer „Volkswacht“ unter den sozialdemokratischen Blättern das verlogene und lachendste Blatt ist, das die Arbeiterklasse in Deutschland hat, ist bekannt. In ihrer gestrigen Ausgabe bezeichnet sie wider besseres Wissen die Kommunisten als diejenigen, die die erbitterte Stimmung der Massen für ihre politischen Zwecke nutzbar gemacht hätten.

Zus dem genannten Inhalt der Zeitschrift ist es zu sagen, daß sie sich geschlossen von Ort zu Ort. So kam es zur Bewegung in Dortmund, die sich so, daß nach dem Bericht übertrag. So ist die „Volkswacht“ die damit nach dem Bericht der „Volkswacht“ es die Kommunisten für einen spontanen Ausbruch der Ruhrproletariats erweisen. Ein solches Verhalten macht sich selbstverständlich nicht in sich selbst, sondern in der Gefahr zu ihnen steht. Die SPD. stellt sich gewiß nicht dar, wo die sozialdemokratischen Wurzeln liegen, auf Seiten der Faschisten und Weltfremden.

Der „Vorwärts“ polemisiert gegen die rechtsparteilichen Blätter. Er zitiert das kommunistische Zentralorgan und bemerkt dazu:

Wenn die Herren von der Rechten trotz dieser entgegengelesenen Einstellung der Kommunistischen Parteileitung fortfahren, die Leitung der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet der kommunistischen Partei zuzuschreiben, so verleiht das zu der Annahme, daß man bei den Faschisten wieder einmal einen Kommunistenpaß nötig hat.

Auch bei dieser Gelegenheit muß festgestellt werden, daß das antische Volksche Zeitungsbüro seine Aufgabe einer objektiven Berichterstattung vollkommen verkennt. Wenn es in einem hundert Telegramm heißt:

„Abermals haben heute, am 28. d. Mts., Oelsenkirchen und das mittlere Industriegebiet wie im tiefsten Frieden aus, aber es ist kein Zweifel, daß der heutige Montag der Höhepunkt dafür sein wird, was Kommunistenterror und kommunistische Wälfur andurchgeführt in der Lage sein werden.“

So kann man diese Art von Berichten nur als schändlich und infamistisch gleich beschreiben.

Die Bilanz des Hamburger Sozialisten-Kongresses

Ohne Segel und Steuer

Von Karl Radek

Der Kongress der Londoner und der Wiener Internationale ist zu Ende. Sein einziges Resultat besteht darin, daß sich die offenen und verkappten Reformisten vereinigt haben.

Der Zusammenbruch der 2. Internationale

Die 2. Internationale zerbrach an ihrem Wesen. Sie war eine reformistische Organisation. Sie gebrauchte wohl in ihren Resolutionen revolutionäre Phrasen, aber sie erstrebte praktisch nur Reformen auf dem Boden und dem Rahmen des Kapitalismus.

Die Landesverteidigung und der Kongress

Nun haben sie sich wieder versammelt. Herr Vandervelde, der Minister Seiner Majestät des Königs von Belgien, Herr Henderson, der Minister Seiner Majestät des Königs von England.

beim Wort genommen werden. Darum hat der Kongress auf die Grundfrage der Zeit, auf die Frage, wie sich das Proletariat wehren soll gegen die neue Kriegsgefahr, mit dem Beschluß geantwortet, auf diese Frage überhaupt nicht zu antworten.

Stellungnahme zum Reformismus

Reformismus, Aufstieg des Proletariats auf dem Boden der Demokratie mit den Mitteln der demokratischen Reformen vorne, Reformen hinten, Demokratie vorne, Demokratie hinten, und Kautsky erklärt in seinem Buch über das Programm der Internationale für die kommende Zeit, daß die Lehre von Marx einer Korrektur bedürftig sei.

Die Reparationsfrage

Und da sie ins Meer hinausfahren, nicht nur ohne Ruder, sondern auch ohne Segel und ohne Kompaß, so schmeißt der Sturm die schwache Flotte, daß sie gegeneinander toren, als wären sie betrunken.

Recht- und Scherwerbrecher! Das ist nicht üblich. Sie lassen also Sidney Webb verurteilt werden. Das war immer die Rolle der Engländer in der Welt, und der gerechte Mann sagt: Alle Regierungen sind an dem Weltkriege schuldig, das bedeutet: Scheidemann ist ein ebensolcher Verbrecher wie Vandervelde.

Die Sozialisten der Entente haben erst durch den Mund Webbs erklärt: Alle Regierungen seien schuldig an dem Kriegsausbruch. Darauf müßte der Schluß gezogen werden, daß der Kongress gegen die Verpflichtung Deutschlands zur Bezahlung der Reparationen protestiert.

Die Initiative der intern. Transportarbeiter

Mitteilung über die Konferenz der Vertreter der IZF. und der russischen Verbände der Eisenbahner, Transportarbeiter und Seelente, in Vertretung aller auf dem Boden der RÖZ. stehenden Transportarbeiterverbände

Die Konferenz fand am 23. und 24. Mai 1923 in Berlin statt. Sie wurde von den Vertretern der IZF. und der russischen Transportarbeiterverbände als Ergebnis des vorangegangenen Schriftwechsels zwischen diesen Organisationen einberufen.

Sowjetrußland

Wenn Versailles das Zeichen der Konterrevolution in Europa ist, so ist Sowjetrußland der Hort der proletarischen Revolution. Seit fünf Jahren steht es da, wie ein Felsen im Meere der kapitalistischen Welt, und es brechen sich an ihm die Stürme des Kapitalismus, wie sich die Wellen brechen an dem roten Felsen von Helgoland.

Die Konferenz wurde am 23. Mai im Gebäude des Reichswirtschaftsrates eröffnet. Es fanden fünf gemeinsame Sitzungen und eine Reihe Kommissionsarbeiten statt.

Verbände und Gruppen in den einzelnen Ländern.
6. Überlegung und Organisierung eines internationalen Kongresses der Transportarbeiterverbände.
7. Aufruf an alle internationalen Berufsvereinigungen zur Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Allgemeine Diskussion und Arbeit der Konferenz

Die Konferenz wurde durch eine Ansprache des Vorsitzenden, Genossen Williams, und durch Reden der Genossen Andrejew und Solowoff eröffnet. In diesen Reden sowie auch in den Ausführungen des Genossen Timmen, Wöhling, Widenberg, Solowoff, Andrejew usw. kam übereinstimmend die Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit einer baldigen Herstellung der Einheitsfront aller Transportarbeiter zum Ausdruck. Die eingehende Diskussion diente zur gegenseitigen Information der aus den verschiedenen Ländern zusammenkommenden Transportarbeiterführer, vereinigten diese in gemeinsamer Beratung der brennenden Fragen der Transportarbeiterorganisation und beseitigte viele Missverständnisse, die noch bestanden. In der Diskussion kam von allen Seiten der Wille zum Ausdruck, von Worten zur Tat überzugehen, um auf dem Wege zur Schaffung der Einheitsfront praktische Fortschritte zu machen. Als Ergebnis des gegenseitigen Gedankenaustausches wurden die Fragen, die zur Beratung gestellt werden sollten, vorgelegt. Es wurden Kommissionen gewählt, die mit der Ausarbeitung einzelner Fragen für die endgültige Beschlussfassung seitens der Konferenz beauftragt wurden.

Beschlüsse

Als Resultat der intensiven Arbeit der Konferenz wurden die folgenden Beschlüsse über die brennenden, die Transportarbeiterverbände der verschiedenen Länder betreffenden Fragen angenommen:

1. Einen Aufruf zum Kampf gegen den Krieg im Namen der Konferenz zu erlassen.
2. Einen Aufruf zum Kampf gegen den Faschismus zu erlassen.
3. Ein gemeinsames paritätisches Aktionslokal zu gründen, um die Einheitsfront der Transportarbeiter herzustellen und den

Kampf gegen Krieg, Faschismus und Reaktion zu führen.

4. Eine Mitteilung über die Gründung dieses Aktionslokales allen Transportarbeitern und Transportarbeiterorganisationen zugehen zu lassen.
5. Für das Aktionslokal wird einstimmig das von der entsprechenden Kommission ausgearbeitete Programm, welches Art und Weise sowie Mittel der Aktion gegen Faschismus und Krieg festlegt, angenommen. Dieses Aktionsprogramm wird von der Delegation der IZK der Exekutive der IZK zur Bestätigung vorgelegt.
6. Einen materiellen Hilfsfond für die vom Faschismus betroffenen Transportarbeiterverbände zu bilden, insbesondere um die italienischen Transportarbeiterverbände zu unterstützen und wieder aufzurichten.
7. Im Herbst dieses Jahres einen internationalen Kongress der Transportarbeiterverbände aller Länder und Richtungen zwecks Herstellung der Einheitsfront einzuberufen. Das Aktionslokal wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Organisation dieses Kongresses zu treffen.
8. In einer Resolution die Notwendigkeit der Einheitsfront der Transportarbeiter festzulegen.

Schluss und Resultate der Konferenz

Die Konferenz wurde eröffnet, durchgeführt und geschlossen unter der Leitung der gemeinsamen kameradschaftlichen Arbeit und des bestmöglichen Willens zur Einheit aller Transportarbeiter. Weniger Reden und mehr Tat ist auf dem Wege zur wirklichen Einheit aller Transportarbeiter der Zeit bedürftig. Die gespannte politische Atmosphäre unter dem Druck der drohenden Kriegsgefahr und der Offensive des Kapitals vereinigte alle Teilnehmer der Konferenz in dem Bestreben, die brennenden Fragen zu lösen. Geschlossen wurden die Verhandlungen durch Reden der Genossen Williams, Timmen und Solowoff, die ihrer Befriedigung mit den Arbeitern und Beschäftigten der Konferenz Ausdruck geben und auf die besondere Bedeutung derselben nicht nur für die Transportarbeiter, sondern für die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt hingewiesen. Die Sekretäre der Konferenz: A. Nathans, A. Sadowich.

lung der Arbeiterbewegung. Sie dienen nicht der arbeitsgemeinschaftlichen Verknüpfung, sondern der Revolutionierung und Kräftigung der ganzen Bewegung. Um aber jede gewollte Milderung des in Frage stehenden Beschlusses unmöglich zu machen, um klar und eindeutig festzustellen, daß der Beschluß nur für Mitglieder der Kommunistischen Partei in Frage kommt, hat der Zentralausschuß den Beschluß noch schärfer präzisiert. Was aber vorschlägt das den Ziska-Leuten? Einen Tag vor dem Zusammentritt des Zentralausschlusses beschließen Sie die Kündigung? Warum? Weil unsere Genossen es ablehnen, unter das nachstehende Dokument ihren Namen zu setzen:

Der Verwaltung ist bekannt, daß Du Mitglied der Partei bist, die Beschlüsse gefaßt hat, die einen unzulässigen Eingriff in die statutarischen Grundlagen der Organisation darstellen. Sie läßt sich insolgedessen verpflichten, an Dich die Frage zu richten, ob Du als Mitglied dieser Partei an diese Beschlüsse zu halten Dich verpflichtet fühlst, um für deren Durchführung Sorge zu tragen.

Soll das Bestreben getroffen, steht die Verwaltung auf dem Standpunkt, daß diese Auffassung, eine im Sinne unseres Statuts liegende Betätigung als Angestellter unserer Organisation unmöglich macht. Auf Grund des Vorhergesagten erkläre ich daher, daß ich den oben angeführten Beschluß des kommunistischen Parteitages für die Gewerkschaftsarbeit als schädlich erachte und es ablehne, sie zu befolgen oder für ihre Durchführung Sorge zu tragen.

Was sich die Ortsverwaltung hier erlaubt, ist eine unerschämte Annäherung. Der Ortsverwaltung gehen die Beschlüsse unseres Parteitages nicht einen Pfifferling an. Es ist selbstverständlich, daß eine Gewerkschaft gegen Mitglieder, die irgendetwas politisches, sportliches, religiöses oder sonstigen Vereinnahmung angehören, nur einschreiten kann, wenn sie gegen die Interessen der Organisation verstoßen, wenn sie Handlungen begehen, die für die Organisation nachteilig sind. Den Beweis für eine solche Handlung wagen die Ziska-Leute nicht anzutreten.

Trotz dieser klaren Sachlage und trotz der unerschämten Annäherung der Ziska-Leute haben unsere Genossen der Ortsverwaltung eine Erklärung übermittelt, die bis an die äußerste Grenze ging. Dessen ungeachtet hat diese Ortsverwaltung beschlossen, den 14 kommunistischen Angestellten zum 30. Juni zu kündigen. Als Grund wird ihre Weigerung angegeben, die vorgelegte Erklärung zu unterschreiben.

Die Ortsverwaltung belah dabei die Schamlosigkeit, den Genossen mitzuteilen, daß sie die Kündigung eventuell zurücknehmen, wenn bis zum 1. Juni die zur Unterschrift vorgelegte Erklärung ohne Vorbehalt unterzeichnet werde.

Was die engere Ortsverwaltung hier treibt, ist ein frivoles und verbrecherisches Spiel mit dem Deutschen Metallarbeiterverbande. Hier handelt es sich nicht um die Stellung von 14 kommunistischen Angestellten. Wir wissen, jeder von diesen Kollegen würde sich keinen Augenblick weigern, von seinem Platz abzutreten und aus dem Angestelltenverhältnis auszuschiden.

wenn es das Interesse der Arbeiterpartei erfordern würde. Hier handelt es sich um ein planmäßiges Kesseltreiben gegen die kommunistischen Mitglieder der Verwaltungsstelle, gegen die kommunistische Partei überhaupt.

Wenn das Vorgehen der Ziska und Ulrich nach dem Statut des Metallarbeiterverbandes gerechtfertigt wäre, dann dürfte kein Mitglied der kommunistischen Partei mehr Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes sein. Jeder Kommunist müßte nach dieser Auslegung des Verbandsstatuts ausgeschlossen werden, denn es ist doch selbstverständlich, daß für die Mitglieder der IZK die Beschlüsse ihres Parteitages bindend sind. Dann heißt es aber, daß die Gewerkschaften nicht mehr „frei“, sondern ausgesprochen „sozialdemokratisch“ sind. Wie sich zu einem solchen Beschluß die sieben Millionen nicht sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaftsmitglieder stellen werden, scheint den Bürokraten des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin ganz gleichgültig zu sein. Wie es überhaupt der engeren Ortsverwaltung vollkommen gleichgültig erscheint, was bei ihrem Treiben aus der Organisation wird, das steht jedenfalls fest, daß die engere Ortsverwaltung die Erhaltung und Sicherung ihrer Positionen für ihre wichtigste Aufgabe ansieht.

Der Berliner Skandal ist darum eine Angelegenheit der gesamten deutschen Metallarbeiterpartei, und darum erwarten wir, daß nicht nur alle Mitglieder des DMB, allüberall zu diesem Skandal Stellung nehmen, sondern auch der Vorstand des DMB begreift, daß hier ein elementares Interesse der gesamten Organisation auf dem Spiele steht.

Aus der Breslauer Damenkonfektion

In der Damenkonfektion haben die Meister den Schiedsgerichtsausschuß, welcher für Mai einen Zuschlag von 100 auf 105 Prozent erhöhte, abgelehnt. Der Anschlag auf das Bohmamt sollte weiter bestehen bleiben, die Gültigkeit des Tarifs aber am 31. Mai ablaufen. Die Arbeitsüberlegung, die nur eigentlich hätte erfolgen müssen, wurde nicht beschlossen. Man will vorübergehend zur freien Vereinbarung greifen. Unseres Erachtens wird die freie Vereinbarung nicht viel nützen. Die Fabrikanten können nur durch Tarifverträge gezwungen werden, sich der gesteigerten Lebenshaltung anzupassen. Den Schaden werden auf alle Fälle die Arbeiterinnen zu tragen haben.

Aus der Breslauer Herren- und Damenmaßbranche

Vor kurzem haben neue Lohnverhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis ist eine achtprozentige Zulage ab 19. Mai für Zeitlohnarbeiter, ab 20. Mai für Stückerbeiter. Die Spitzenlöhne betragen: Damenmaßschneider 1740 M., Schneiderinnen 1160 M., Herrenmaßschneider 1680 M. pro Stunde. Die nächsten Verhandlungen finden am 2. Juni statt.

In der Herrenkonfektion

haben zentrale Verhandlungen am 24. 5. stattgefunden. Der Zuschlag beträgt ab 28. Mai 171 500 Prozent, Kinderkonfektion 155 360 Prozent. Die Zeitlöhne werden von diesem Zeitpunkt um 30 Prozent erhöht.

Genosse und Genossin werbe eifrig für Dein Partei-Organ.

Betrieb - Gewerkschaft

Ein verbrecherisches Spiel der Gewerkschaftsbürokraten in der Ortsverwaltung des DMB, Berlin

Sämtlichen kommunistischen Angestellten gefühligt.

Die gegenwärtige Verwaltung des DMB in Berlin, die ihres Amtes nur noch infolge einer niederträchtigen Schiebung walten kann, treibt ihr wahrhaftiges Spiel gegen die Kommunisten unterstern weiter. Nachdem auf ihr direktes oder indirektes Betreiben 18 kommunistische Delegierte aus der Generalversammlung herausbegliert wurden, hat sie im Interesse ihrer behaupteten Positionen eine neue Gemeinheit ausgeübt:

Sie hat sämtlichen kommunistischen Angestellten der Berliner Ortsverwaltung des DMB die Kündigung zum 30. Juni übermittle.

Das ist eine ungeheuerliche Provokation der kommunistischen Mitglieder und der mit ihnen sympathisierenden Kollegen. Es ist keine Frage,

daß in Berlin die Mehrheit des DMB mit den Kommunisten sympathisiert. Eine halbwegs normale Ortsverwaltung würde unter solchen Umständen eine solche Massenankündigung nur aus zwingenden, absolut unausweichlichen Gründen vornehmen. Aber wohlgerne, den gemäßigten Angestellten wird nicht der geringste Verstoß gegen die Interessen der Organisation zum Vorwurf gemacht. Die Ortsverwaltung wagt es selbst nicht, den gemäßigten Angestellten irgendwelche Pflichten zuzurechnen. Einzig und allein mit der Tatsache, daß die Angestellten Mitglieder der kommunistischen Partei sind, wird die Maßregelung von vierzehn Kollegen, die zum Teil ein halbes Menschenalter der Organisation angehören, begründet.

Ausgerechnet im Wonnemonat Mai befindet sich die Ortsverwaltung darauf, daß auf anderem Leipziger Parteitag ein Beschluß gefaßt wurde, der angeblich gegen die Interessen des DMB verstößt. Das ist elender Humbug. Die Beschlüsse kommunistischer Parteitage dienen nicht der Schwächung, sondern der Stär-

Die unheimliche Seite

Eine sozialer Roman von Jac London.

Im Innern der Hütte sah ich Craigs Gesicht bei Licht. Mit Ausnahme der Gefangnisblässe war keine Veränderung an ihm festzustellen - wenigstens keine besonders. Er war der gleiche lebende Witz und Held. Doch zeigte sich eine gewisse Verlängerung seiner Gesichtszüge. Aber das konnte er wohl ertragen, denn es schien kein aufsehenswürdiges Uebelmaß von Verfall, das immer seine Züge auszeichnete, eine gewisse gekrümmte Fremdheit beizubringen. Er war ein glänzender, unheimlicher Gefangener. Er hatte seine körperlichen Übungen während der ganzen Zeit seiner Gefangenschaft fortgesetzt, und seine Muskeln waren wie Eisen. Er war tatsächlich in besserer Verfassung, als er ins Gefangnis kam. Es vergangen Stunden, bis er den Kopf auf das Kissen legte. Aber ich konnte nicht schlafen. Ich war zu glücklich, und ich hatte auch nicht die Anstrengung der Nacht aus dem Gefangnis nach dem Reiten hinter mir.

Während Craig schlief, weagelte ich meine Kleider, ordnete mein Haar an und wurde wieder mein neues unwillkürliches Ich. Als dann Biedenbach nach die anderen Gefangenen aufsuchte, kam ich mit ihrer Hilfe eine Verbesserung aus. Alles war in Ordnung, und ich war in dem Raum der Hölle, der gleichzeitig als Küche und Speisekammer diente, als hätte die Tür offene und erwidert. In diesem Augenblick redete Biedenbach mich mit Mary an und ich drehte mich um und antwortete ihm. Dann sah ich mit ungewohnter Teilnahme zu Craig hin, so wie sie etwa ein junger Genosse zeigen mag, wenn er zum erstenmal einen so anerkannten Helden der Revolution sieht. Aber Craigs Blick wandte sich und suchte ihn und her in dem Raum. Im nächsten Augenblick wurde ich ihm als Mary Holmes vorgestellt.

Um die Zankung vollständig zu machen war ein abgiger Vetter auf den Tisch gesetzt worden, und als wir uns an den Tisch setzten, ließ ein Stuhl leer. Ich hatte vor Freude laut aufgeschrien wegen, als ich Craigs wackelnde Haltung und Unbehagen bemerkte. Er hielt schließ-

„Wo ist meine Frau?“ fragte er barsch.
„Sie schläft noch“, gab ich zur Antwort.
„Das war der kritische Augenblick. Aber meine Stimme lang fern, und er erkannte sie nicht als ihm bekannt. Das schien ganz recht. Ich sprach viel und mit Genuß, wie der Verbrecher eines Heiden wohl sprechen mag, und er war unternehmbar ein Held. Ich hing zum höchsten Gipfel der Begeisterung und der Begeisterung empör, und schlang, ehe er meine Ansicht erwidern konnte, meine Arme um seinen Hals und küßte ihn auf den Mund. Er hielt mich um Armeslänge von sich fort und starrte ängstlich und verzogen um sich. Die vier Männer bezeugten ihm mit schallendem Geächter, und dann wurden Erfahrungen gegeben. Zuerst war er im Zweifel. Er forschte mich fühlend aus und war halb überzeugt, dann schüttelte er den Kopf und wollte nicht glauben. Aber er sah, als ich die alte Ams Gerechtigkeit wurde und ihm nur aus beiden Perspektiven ins Ohr flüsterte, nahm er mich als seine wackelige, wahrhaftige Frau an.“

Im Laufe des Tages schloß er mich in die Arme, zeigte große Begeisterung und sprach von hochgemuten Gefühlen.

„Du bist meine Ams“, sagte er, „aber du bist auch noch eine andere. Du vertrittst zwei Frauen und deshalb bist du mein Heil. Nun ist mir alles klar. Ich habe dich. Aber die besten Augenblicke sind die, die wir erleben, wenn wir uns einander kennen lernen.“

Das Leben in unserer Zuchthaus war für mich sehr glücklich. Genoss mit arbeiteten hart und lange Stunden, aber wir arbeiteten zusammen. Wir hatten uns achtzehn Monate lang, und wir waren nicht allein, denn es war immer ein Kommando und Genossen, deren Namen und Gesichter - fremde Stimmen aus der Unterwelt der Angst und Revolution, die uns in den Augen der Strafen und Strafen auf unserer ganzen Gesellschaft erzählten. Und es gab viel Spaß und Genüsse. Wir waren nicht allein glühende Verbrecher. Wir arbeiteten hart und litten sehr, aber bei all der Arbeit und dem Spiel und dem Genusse von Leben und Tod fanden wir Zeit zu lachen und zu leben. Es gab Künstler, Gelehrte, Studenten, Musiker und eine höhere und feiner Kultur als in der Ver-

lästern und Wunderstätten der Oligarchen. Im Ernst, viele unserer Genossen halfen an der Aufschwüchung eben jener Paläste und Wunderstädte.

Auch waren wir nicht auf das Bestreben selbst reichlich. Zur Nachtzeit ritten wir oft zur Übung in die Berge, und wir ritten auf wilden Pferden. Müde er nur, wie viel Übung über die Berge, und wir ritten auf den! Wir machten sogar Landpartien nach abgelegenen und belagerten Plätzen. Wo wir den ganzen Tag blieben, morgens vor Zug brachen wir auf und abends nach Dunkelwerden lehrten wir zurück. Widdon feierte den Rahm und die Butter; und Ernst kochte noch obendrein Widdons Backsteln und Haken und gelegentlich seine jungen Bode.

Es war wirklich ein sicherer Zufluchtsort. Ich sagte, daß er nur einmal entdeckt wurde, und das veranlaßt mich, das Geheimnis von dem Verhafteten des jungen Widdon aufzuklären. Nun er ist da, kann ich frei darüber sprechen. An einer von obenher verborgenen Stütze der Hölle ruhen auf einige Stunden die Coane. Dortin hatten wir viele Labungen Sand aus dem Flußbett getragen, so daß es dort trocken und warm war, ein angenehmes sonniges Plätzchen. Eines Nachmittags sah ich dort Hladtrank, halb eingekerkert, über einem Hauch von Meisenball. Ich schloß mich so behaglich und sicher, daß ich einmal die flammenden Berle mich in Anstrengung verzehnten.

Ich wurde durch einen klumpen Erde aufgeschreckt, der vor meine Füße hüpfte. Dann hörte ich von oben her ein Geräusch. Im nächsten Augenblick stand ein junger Mann, der an der bräunlichen Wand herabgeglitten war, vor mir. Es war Philipp Widdon, den ich ich freilich damals noch nicht kannte. Er sah sehr hell an und lächelte einige Worte der Liebermüdigung.

„Wohlar“, sagte er, aber im nächsten Augenblick nahm er seine Hände ab und sagte: „Ich bitte um Verzeihung. Ich erwartete niemanden hier zu finden.“

Ich war nicht so toll. Ich war noch Reming in der Nacht, mich in verzweifelter Angelegenheit aufsprühend zu verhalten. Später, als ich in der Hölle war,

wäre ich bei ähnlicher Gelegenheit weniger schwerfällig gewesen, dessen bin ich sicher. Wie es auch war, ich sprang hastig auf und stieß den Geäch-Ruf aus.

„Warum taten Sie das?“ fragte er, indem er mich schief ansah. Er hatte ganz bestimmt niemanden in der Hölle bemerkt, als er dort hin herabstieg. Das stellte ich zu meiner Erleichterung fest. Zu welchem Zweck meinet Sie wohl?“ gab ich seine Frage zurück. Ich war wirklich schwerfällig in jener Zeit.

„Ich weiß es nicht“, sagte er und schüttelte den Kopf. „Es sei denn, daß Sie Freunde in der Nähe haben. Aber wie dem auch sei, Sie müssen mir einige Erklärungen geben. Das sieht mir nicht gut aus hier. Sie haben widerrechtlich fremdes Eigentum betreten. Dies Land gehört meinem Vater, und -“

„Hände hoch, mein junger Herr“, sagte hinter ihm seine Biedenbach, der stets höflich und autoritörend war.

Der junge Widdon nahm die Hände hoch und drehte sich nach Biedenbach um, der ein Repetiergewehr im Arm hatte. Widdon ließ sich nicht verwirren.

„Oh, oh“, sagte er, „ein Revolutionär, nicht - und, wie es scheint, ein ganzes Hornissenheer. Nun, Sie werden nicht lange hier bleiben, das kann ich Ihnen sagen.“

„Vielleicht aber bleiben ich solange hier, um diese Behauptung noch einmal genau zu erörtern“, sagte Biedenbach ruhig. „Und inzwischen muß ich Sie bitten, mit mir auszutreten.“

„Austreten?“ Der junge Mann war wirklich erstaunt. „Haben Sie eine Katastrophe hier? Ich habe von solchen Dingen vernommen.“

„Kommen Sie“, erwiderte Biedenbach mit seiner berechnungswürdigen Betonung. „Aber das ist ungeschicklich“, warf der junge Mann ein.

„Ja, nach Ihrem Geich“, versetzte der Erntort mit Nachdruck. „Aber nach unserem Gesetz, glauben Sie mir, ist es erlaubt. Sie müssen sich an die Tatsache gewöhnen, daß Sie hier in einer anderen Welt sind, als in der von Unterdrückung und Parteilichkeit in der Sie freier gelebt haben.“

Aus Breslau

Der Massenprotest der Mieter

Der Breslauer Magistrat hat die Mieten neu festgesetzt und die Verwaltungskostenzuschläge von 400, 450 und 500 Prozent auf 1000, 1100 und 1200 Prozent, und den Zuschlag zur Bedienung der Kosten laufender Instandsetzungsarbeiten von 1500 auf 4000 Prozent erhöht.

Gegen diese unerhörte Provoaktion des bürgerlich-sozialdemokratischen Magistrats protestierten am Sonnabend, trotz stürmenden Regens, die Breslauer Mieter.

Die Redner Stöpe und Känzel wiesen auf die einseitige Auslegung des Reichsmietengesetzes und die immer unerschämteren Forderungen der Hausbesitzer und den Reparaturstreik derselben hin. In einer Zeit der wachsenden Lebensmittelverknappung und dreifachen Brotpreissteigerung werden den Mietern erdrückende Lasten aufgewälzt.

Das Verhältnis zwischen Hausbesitzer und Mieter dürfe nicht in ein Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter umgewandelt werden. Die Verwaltungskostenzuschläge sind viel zu hoch und ungerechtfertigt, da die Mieter dem Hausbesitzer einen beträchtlichen Teil der Verwaltungskosten abnehmen.

In der Diskussion verlangten die Vertreter des Erwerbslosenrates mit Recht, daß bei der Bemessung der Mieten Rücksicht auf die Armut der Armen genommen wird und dieselben von allen Zuschüssen und Vorstößen befreit bleiben. Diese Forderungen fanden den Beifall der Versammlung.

Die gut verlaufene Versammlung fand die folgende Entschiedenheit an Magistrat und Regierung:

Die am 26. 5. 1923 auf dem Schloßplatz versammelten Mieter erheben schärfsten Protest gegen die geplante unverhältnismäßig hohe Steigerung der Mietzuschläge für Breslau durch den hiesigen Magistrat.

Wir fordern erneut:

a) daß alle Beträge von der Friedensmiete abgezogen werden, die für Nebenleistungen früher darin enthalten waren. Wir fordern für Breslau einen Abzug von der Friedensmiete von 27 Prozent.

Wir lehnen jede Erhöhung des Zuschlages für Zinssteigerung ab und fordern die Festsetzung dieses Zuschlages auf Grund der Durchschnittsberechnung an den sogenannten Ebenhäusern.

Wir wenden uns mit höchstem Nachdruck gegen jede Erhöhung des Zuschlages für Verwaltungskosten. Die Verwaltungstätigkeit des Hauswirts wird durch die Mitwirkung der Mietervertretungen sehr erheblich gemindert. Hausbesitz ist keine Erwerbsquelle, sondern Kapitalanlage. Es ist ein Unbilden, daß der Hausbesitzer in das Verhältnis eines Arbeitnehmers zu seinen Mietern tritt, was unzweifelhaft durch eine Erhöhung des Verwaltungskostenzuschlages, wie er vom Magistrat geplant ist, geschehen würde.

Wir haben die schwersten Bedenken

c) gegen eine unverhältnismäßig hohe Festsetzung der Zuschläge für laufende Instandsetzungskosten, fordern vielmehr mit aller Energie, daß die notwendig werdenden Instandsetzungen in viel stärkerem Maße als bisher gesichert und daß die Bedürfnisse von ihren gesetzlichen Zwangsmitteln ausgeglichen werden können.

Alle Wohnungsreparaturen müssen wieder dem Vermieter aufgelegt werden. Schließlich fordern wir, daß

d) die Feuerversicherungsbeiträge nur bis zur Höhe des zur Vermögenssteuer veranlagten Grundstückwertes den Mietern aufgelegt werden.

Der Magistrat wird dringend ersucht, den berechtigten Wünschen der protestierenden Mieterschaft Breslaus Rechnung zu tragen und nicht durch Hartnäckigkeit die ohnehin bestehenden Gegensätze zwischen Mietern und Vermietern über Gebühr zu verschärfen.

Bei aller Sympathie für die Mieterbewegung müssen wir feststellen, daß die angenommene Resolution den Raubzug auf die Taschen der Mieter nicht scharf genug brandmarkt.

Vor allen Dingen ist der zweite Teil der Resolution, der „von schweren Bedenken“ gegen die Zuschläge für Instandsetzungsarbeiten spricht, zu schwächen.

Es genügt ferneer nicht, die Resolution an Magistrat und Regierung zu senden, sondern die von den Arbeitern gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche die Mehrheit im Stadtparlament haben — hätten angefordert werden müssen, sofort dem Protest gegen den Magistrat beizutreten.

Der Magistrat ist in der Resolution die Forderung nach sofortiger Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung und die Forderung nach Entziehung des Hausbesitzes.

Diese Forderungen würden der Breslauer Mieterbewegung erst Ziel und Richtung geben. Daß beide Forderungen im Interesse aller proletarischen Mieter liegen, braucht nicht betont zu werden.

Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat genießen nicht das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung. Die Wahlen sind von Jahr zu Jahr von Monat

Heraus mit Max Hoelz!

Der Staatsgerichtshof verwirft den Wiederaufnahmeantrag des Genossen Max Hoelz Das Klassenbewußte Proletariat fordert die Amnestierung

Der Staatsgerichtshof hat durch Beschluß vom 26. Februar 1923 in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, den Antrag des Genossen Hoelz vom 18. Dezember 1922 auf Wiederaufnahme des durch Urteil des außerordentlichen Gerichts beim Landgericht Berlin geschlossenen Verfahrens als unzulässig zu verworfen und dem Genossen Hoelz die Kosten dieses Antrages aufzuerlegen. Der Staatsgerichtshof stellt ausdrücklich fest, daß in vorfabungsrechtlicher Hinsicht kein Fall des § 403 vorliegt, weil Hoelz Wiederaufnahmeantrag im Falle des § 403, nicht lediglich die Veränderung der Strafe begehrt, sondern die Veränderung der Wahrung wegen des angeblich an ihm verübten Verstoßes.

Nach dieser prozeduralen überaus wichtigen Feststellung beginnt nun der Staatsgerichtshof mit der Würdigung der von Hoelz genannten neuen Zeugen und neuen Beweismittel. Der Staatsgerichtshof muß zugeben, daß ein Brief der Frau Hoelz ein neues Beweismittel ist, aber in demselben Falle wird dem Briefe wiederum die Eigenschaft des neuen Beweismittels genommen. Sämtliche Entlastungszeugen des Hoelz werden, weil sie zu der revolutionären Gruppe gehören, ohne weiteres für Zeugen minderen Ranges erklärt, auf die ein Wiederaufnahmeverfahren sich nicht aufbauen sollte, zumal sie unerschämigt zu vernehmen seien. Während der Staatsgerichtshof diesen Zeugnissen am Tage des Hoelz allen Glauben abspricht, soweit sie als Entlastungszeugen im Falle Hoelz für Hoelz in Frage kommen, schreit sich der Staatsgerichtshof nicht, unter den Zeugen, auf Grund deren Aussagen Hoelz verurteilt ist, auch die Teilnehmer am Zuge des Hoelz für vollgültige Belastungszeugen anzuerkennen.

Durch diese willkürliche Bewertung von Zeugnissen seitens des Beschlußsenats wird den tatsächlichen Feststellungen, der künftigen Hauptverhandlung in einer Weise vorgegriffen, die mit der sonstigen Rechtsprechung des Reichsgerichts, welche alle tatsächlichen Feststellungen der freien Beweiswürdigung des erstinstanzlichen Gerichts in sehr weitem Umfange überläßt, im schärfsten Widerspruch steht. — Hervorgehoben sei noch, daß das Urteil gegen Hoelz im Falle Hoelz zu einem erheblichen Teil auf der Aussage der Witwe des geöteten Hausbesitzers basiert, die infolge ihrer begreiflichen Erregung während der Vorgänge, die zur Erschießung ihres Mannes führten, und wegen der Verschiedenartigkeit ihrer Aussagen als eine zuverlässige Zeugin nicht angesprochen werden kann. Nicht weniger als viermal hat Frau Hoelz ihre Aussage im Verfahren gegen Hoelz in der Voruntersuchung, bzw. in der Hauptverhandlung gewechselt. Zum Teil stützt sich das Geschurft gegen Hoelz sodann auf Zeugen, die überhaupt keine Tatzeugen sind, sondern Personen, die angeblich Gesandnisse des Hoelz befunden haben. Es handelt sich z. B. in einem Falle um die Wiedergabe von Mitteilungen, die Hoelz in einem Wagen während

der Fahrt unter dem Verdacht der Räubergeleit haben soll. Von der genauen Wiedergabe der von Hoelz bestrittenen Worte wird hier das Schicksal eines Menschen abhängig gemacht.

Geschichtlich gesehen, gebietet die deutsche Sozialdemokratie gegen Max Hoelz in das selbe System der „strittenen“, aber tatsächlich bauernd ausgearbeiteten, politischen Justiz der bürgerlichen Sigaten“, auf der auch die Urteil der französischen Kriegsgesichte beruhen, über die sich das deutsche Bürgertum und die Sozialdemokratie stillschweigend einverstanden erklären, obgleich sie, wo sie die Macht hatten und haben, nach den gleichen, von ihnen beurteilten Methoden handelten und handeln. Die Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages des Genossen Hoelz durch den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik basiert trotz auf der Unfähigkeit der gesetzlichen Bestimmungen über die Wiederaufnahme, als auch auf der im gleichen Geiste gehaltenen Auslegung durch das oberste deutsche Gericht.

Der Reichsamnestiationsausschuß wird sich binnen Kurzem mit der Angelegenheit des Genossen Max Hoelz zu beschäftigen haben. Die bisherigen Entschuldigungen des Reichsamnestiationsausschusses wie die Entschuldigungen des Reichspräsidenten lassen allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß auch im Falle Hoelz seitens des Ausschusses und des Reichspräsidenten das Amnestierungsrecht in der gleichen Weise gehandhabt wird, wie es gegenüber den meisten wegen Sprengstoffverbrechen abgeurteilten revolutionären Kämpfern geschehen ist. Noch immer schmachtet eine Anzahl revolutionärer Kämpfer, die von den Sondergerichten des Jahres 1921 abgeurteilt wurden, in Zuchthäusern und Gefängnissen. Von den exponiertesten Vertretern der Konturrevolution aus dem Jahre 1919/1920/1921 befindet sich nicht ein einziger, obwohl sie mit Mordmord gearbeitet haben, im Zuchthaus. Die bürgerliche Presse hat es mit Unterstützung der Sozialdemokratie verstanden, Hoelz als Mordbrenner und Räuberhauptmann hinzustellen. Das Proletariat muß aber wissen, daß Hoelz ein Vorkämpfer der proletarischen Revolution ist, der sich bei der Führung seines damaligen revolutionären Kampfes in der Wahl der Mittel, wie er heute zugibt, geirrt haben mag, der aber in seinen politischen Zielen turmhoch über jenen nationalistischen Schreibern steht, die von der heutigen Staatsautorität, trotz ihres offensichtlichen Hochverrats, in voller Freiheit in Deutschland ihr Unwesen treiben dürfen. Angeht es die Sachlage ist es die Pflicht des deutschen Proletariats, in seiner Presse, in allen Versammlungen seine Stimme für die Befreiung von Max Hoelz und aller gefangenen revolutionären Kämpfer mit Nachdruck zu erheben. Die Arbeiterklasse muß beweisen, daß sie erkannt hat, daß der Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen ein Teil des Kampfes für die Befreiung der gesamten Klasse ist. Felix Halle.

zu Monat verschoben worden und den Nutzen hieron haben die Hausagranten.

Es ist zu bedauern, daß die Bewachung der Mieter, sowie die ungeheure Grundstücks- und Wohnungsspekulation erst mit der Entzerrung des Hausbesitzes ein Ende nehmen wird.

Die „Rote Woche“ der Schwarz-Rot-Goldenen

Die Schwarz-rot-goldene Breslauer WPD erinnert sich — wenn es ihr schlecht geht — gern an ihre schillernde, fest verlegene Farba. Sie veranstaltet eine „rote Woche“ zur Propaganda für die „Volkswacht“.

Das Blatt hat es dringend nötig. Es hat an Interessen gewonnen, zählt, wie die „Volkswacht“ selbst zugeben muß, die Breslauer Großhändler sowie führende Häuser des Großhandels, als auch industrielle Firmen zu ihren ständigen Kunden — aber der Abonnentenstand ist der wunde Punkt des Unternehmens.

Nur vor Ausbruch der Revolution zählte die „Volkswacht“ in Breslau allein nahezu 40 000 Abonnenten. Davon sind heute — wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, kaum noch 12—15 000 Abonnenten vorhanden. Viele Behörden und führende Firmen des Großhandels, die wie die „Volkswacht“ schreit, aus informatorischen Gründen das Blatt lesen, (die „Volkswacht“ will auf Grund dieser Leser das qualifizierteste Informationsorgan für Großhandel, Banken und Industrie sein) sind in diesen Abonnentenstand eingeregnet.

Nun sollen die Arbeiter treppauf, treppab laufen und die verloren gegangenen Abonnenten wieder gewinnen.

Die Arbeiter sollen das gut machen, was ihre Führer, die Kaiser-, November- und Koalitionssozialisten angerichtet haben. Die wirklich rot gebliebenen Arbeiter sollen für die Schwarz-rot-goldenen nationalistischen Führer die Kassen aus dem Feuer holen. Am Sonntag kamen etliche WPD-Funktionäre auch zu unseren Genossen und fragten, warum sie nicht die „Volkswacht“ lesen. Als sie hörten, daß unsere Genossen die „Schließliche Arbeiterzeitung“ lesen, gaben sie ohne den Ver-

juch einer Agitation Fersengeld und verschwanden. Das ist bezeichnend. Die Volkswachtvertreter wissen, daß kein Leser der Arbeiterzeitung für das Organ der führenden Häuser Häuser des Großhandels zu haben ist. Denn unsere Genossen würden den Volkswachtvertretern sehr schnell den Beweis dafür liefern, daß ihr Blatt nicht mehr die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt.

Dagegen werden unsere Genossen bei der Agitation für die Arbeiterzeitung vor einem Volkswachtleser niemals ausweichen brauchen. Sie haben viel- und reiches Agitationsmaterial gegen die „Volkswacht“, daß sie jeden Einwand widerlegen und auch den verböhrtesten WPD-Anhänger überzeugen können.

Die „rote Woche“ der Schwarz-rot-goldenen muß einen Erfolg für die Sache des Proletariats haben. Sie muß unsere Genossen auf den Plan zur Agitation für das einzige Arbeiterblatt in Schlesien, für die „Schließliche Arbeiterzeitung“ rufen. In Fabrik, Werkstatt und Kontor muß unsere Zeitung in den nächsten Tagen von Hand zu Hand gehen und den WPD-Arbeitern zeigen, wofür die Politik ihrer Führer steht.

Und die Zeit war noch nie so günstig für unsere Agitation wie gegenwärtig. Das Eisen ist heiß. Es muß geschmiebet werden. Wenn wir alle auf dem Posten sind, dann wird aus der Schwarz-rot-goldenen Woche der WPD eine rote Woche für uns.

Ein dreier Hauspächter ist der Haus- und Grundbesitzer Emil Ernst in Kojenthal bei Breslau Nr. 30. In dem genannten Grundstück wohnt ein Kriegswaldbesitzer mit mehreren Kindern. Vor einigen Tagen hielten sich die Kinder im Hofe auf, zu denen sich die Kinder des Hauspächters gesellten. Es brach ein Streit unter den Kindern aus und die dazu kommende Mutter beschimpfte die Kinder in unflätigster Weise, nannte sie Spitzhunden, Schweinehunde, Saubünde usw. Das hörte die Frau des Kriegswaldbesitzers und kam in den Hof hinter. Auch diese wurde von der Mutter beschimpft und im Verlaufe des Wortwechsels stürzte sich die Mutter wie eine Gänse auf die Frau des Kriegswaldbesitzers, bestellte sie in die Erde und hies erbarungslos auf sie ein. Schließlich kam noch der Dikt dazu und beteiligte sich ebenfalls an der Schlägerei. Als die Kinder

den Kriegswaldbesitzer der Mutter in die Hand schlug der Hauspächter den neunjährigen Sohn zu Boden, trat ihm dann noch auf den Kopf, so daß er eine große Wunde davontrug und die Arztkosten ausmachen mußte. Die Frau des Kriegswaldbesitzers steht in der Wache ihrer Nebenbuhlerin entgegen. Schämt sich dieser Hauspächter nicht, eine Frau berattig zu behandeln?

Aus der Provinz

Währlerdorf. Die Angelegenheit der letzten Sitzung. Eine öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei über das Thema: Die Vorgänge im Landtage, fand hier am 18. Mai im Hotel zur Sonne statt. Es referierte Reichstagsabgeordneter Franz. Die Versammlung war gleichfalls sehr zahlreich besucht und der Vorlesende bedauerte, vor leeren Stühlen sprechen zu lassen. Der Referent sprach zuerst über die Kravalle im Landtage und behauptete, diese wären von uns Kommunisten angezettelt worden, verwarf aber nicht zu sagen, daß die SPD vorher den Saalzug formiert hat und eine Fraktionslösung ablehnt, und mit Schlägringen gegen unsere Genossen vorgegangen ist. Bemerkenswert ist der Widerspruch des Referenten über die verlorene Wählerregulierung. Er bedauerte von ganzem Herzen, daß Wirth nicht mehr Kandidat ist und meint, es ist schade, daß sich heute ganz anders aus. Man konnte deutlich heraus hören, daß diese Arbeitervertreter nur auf die große Koalition hinarbeiten, denn Arbeiterregulierung ist Wiedersache. Letzteren Kurs werden sie erst dann einschlagen, wenn sie von den Arbeitern gestützt werden.

In der Diskussion meldete sich der Genosse Biewald-Hermadoc zu Wort. Er rief den sozialdemokratischen Führern die Mäste herunter und gebelte in scharfen Worten die Haltung der SPD-Führer vor dem Kriege bis in die heutige Zeit. Das Proletariat muß, wenn es zum Ziele kommen will, über die Köpfe dieser Führer hinwegschreiten, und sich zur Einheitsfront formieren, um eine Arbeiterregierung sich zu erkämpfen. Und daß es nie die Kommunistische Partei allein ist, die die wahren Interessen der Arbeiterschaft vertritt.

Der stürmische Beifall dieser Ausführungen bewies, daß Genosse Biewald so recht aus dem Herzen der antwortenden Arbeiter gesprochen hatte. Während der Abgeordnete Franz in seinem eigentlichen Referat ziemlich sachlich blieb, ließ er in seinem Schlusswort eine mächtige Kanonade gegen die Kommunisten und gegen Sowjetrußland los; diese Ausführungen wurden durch starke Zwischenrufe der antwortenden Arbeiter unterbrochen.

Christelwitz, Kr. Schweidnitz. Wohnungseigentum auf dem Lande. Wie groß das Wohnungselend auf dem Lande ist, zeigt wieder mal ein Fall, welcher sich hier ereignete. Der Ortsanständige Maurer Paul Hanke, ein mühsamer, von sechs Kindern, befristet in Wohnung welche vier Meter breit und vierzehn Meter lang ist. Die Kinder desselben sind dauernd krank und müssen über das Bett hüten. Ein Kind ist vor kurzen gestorben und mußte in der einzigen Stube, die Hanke bewohnt, aufbewahrt werden. Ein anderes Kind hat einen Armbruch erlitten und beansprucht ein Bett wo es allein drin schlafen kann; durch den Wohnungsraummangel ist es aber nicht möglich, sich den Anordnungen des Arztes zu fügen. In demselben Hause steht eine Wohnung leer und Hanke hat sich an den Schweidnitzer Kreisrat gewandt mit der Bitte ihm doch diese Wohnung zuzuwiesen. Der Kreisrat hat ihm nun eine Karte zugesandt, in der ihm mitgeteilt wird, daß die in dem Orte bestehende Wohnungskommission beschlossen hat, seinen Antrag abzulehnen. Bemerkenswert ist aber, daß der Gemeindevorsteher Meißig, welcher Besitzer dieses Hauses ist, die Abhilfe dieser Wohnung noch für sich zu gewinnen trachtet nur zwei Personen in seinem Hause hüten und er eine Drei-Zimmerwohnung besitzt, wird er nichts unversucht lassen, diese Wohnung auch noch zu bekommen. Denn die in Christelwitz bestehende Wohnungskommission umfaßt nur Besitzer aus rechtsradikalen Elementen, von welchen ein Arbeiter bestimmt nichts erlangen kann. Aber Hanke wird nicht eher ruhen bis er die Wohnung bekommen hat. Landarbeiter von Christelwitz, seht euch diesen Gemeindevorsteher Meißig mal etwas näher an!

Bernsdorf b. Wroslaw. Die erste kommunistische Versammlung fand am Sonntagabend, den 26. Mai, in Wilschels Gasthaus statt. Genosse Dombrowski-Breslau referierte über den Kampf der Arbeiterklasse. Die Aufgaben der Arbeiterklasse sind 1/2. Händigt sachliche Referat fand Beifall der Aufnahme. In der Diskussion bemühte sich der von Landesgut nach Wroslaw gewählte Parteisekretär Schüller von der WPD, vergeblich die Politik seiner Partei zu verteidigen. Seine Ausführungen, die vom Referenten glatt widerlegt wurden, prallten wirkungslos bei den Hörern ab. Im Schlusswort sprach die Dombrowski und bezeichnete die demokratischen Funktionen der WPD als hohler und arbeitete mit außerordentlicher, auch von den anwesenden bürgerlichen Gegnern anerkannter Klarheit die grundsätzlichen Forderungen unserer Partei und ihre Stellung zur Arbeiterregulierung, zum Parlament und zur Demokratie heraus. Die Versammlung verlief recht angenehm. Wir gemannen einige Freunde und werden demnächst hier eine Ortsgruppe ins Leben rufen.

Krausendorf bei Landeshut. Es gab vorwärts. In einer öffentlichen Versammlung der hiesigen Ortsgruppe referierte Genosse Dombrowski-Breslau über die neueste Entwicklung des Kampfes und die politische Lage. Der Referent gab ein anschauliches Bild über die

widlung des Arbeiterbewusstseins und schließlich eingehend die von der Völkervereinigung entfallenden Vorgänge in Dortmund. Nebenher sollte ferner die wirtschaftlichen und politischen Fragen in ihren Zusammenhängen auf und wies auf die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges hin. In der Diskussion beteiligten sich einige Genossen, sowie parteilose Arbeiter, welche dem Referenten zustimmten. Es wurden vier Mitglieder sowie einige Abonnenen neu gewonnen. Herr Parteisekretär Schiller-Landeshut hatte sich zu dieser Versammlung nicht bemüht. Offenbar hat er tags zuvor selbst eingesehen, daß seine Vertretung der KPD-Politik zwecklos ist und selbst bei den Genossen seiner Partei keinen Eindruck erzielt.

Ober-Rangendlehen. Organisatorische Arbeit der Ortsgruppe. Die am vergangenen Mittwoch hier stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit einer Reihe wichtiger und Tagesfragen. Neben der organisatorischen Aufgaben in der Ortsgruppe gab Genosse Reichelt einige Ausführungen ab. Er zeigte gangbare Wege die Kreisfeste zu finanzieren und rügte unter anderem das untaugliche Verhalten einzelner Funktionäre. In bezug auf Ihre Parteitätigkeit. Um die Säulen zur Mitarbeit heranzuziehen, sollen von jetzt an die Mitgliedsbücher einen Barometer erhalten. Die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, die sich schon gut bewährt hat, muß noch besser ausgebaut werden. Die Versammlung beschloß ferner, dem Wunsch dieser Genossen folgend, am Sonntag den 17. Juni einen Familienausflug nach Friedrichshain zu unternehmen. Am unsere Ideen auch unter die Landbevölkerung zu tragen, wurde beschlossen, in nächster Zeit eine umfassende Landpropaganda zu veranstalten. Hierdurch werden unsere rednerischen Genossen in die Lage versetzt, die in dem letzten Agrarkursus gemachten Erfahrungen praktisch verwerten zu können. Nachdem man unter Punkt Beschied: es die Mitglieder erinnert hatte ihren Pflichten gegen die Produktiv-Genossenschaft nachzukommen, setzte eine lebhafte Debatte ein über die Frage: Wie stellen wir uns zur Kirche? Allgemein einmündig kam zum Ausdruck, daß die Kirche in der Form, wie wir sie heute haben, nicht nur ein Werkzeug der jehigen Machthaber darstellt, sondern daß sie eine der stärksten Säulen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bildet. Pflicht eines jeden Genossen ist es, mit dieser nur die Ausbeuterklasse schützenden, bei einem Völkermorden die Waffen segnenden Institute zu brechen, den Austritt aus der Landeskirche zu vollziehen.

Oppeln. Ein Ausflug nach der Heuschener. Mit 180 Teilnehmern unternahm die Zurnabteilung der „Freien Sportvereingung“ Oppeln, an Pfingsten einen Ausflug nach der Heuschener. Der Marsch des ersten Tages ging die Friedrücksrundelände über den Bogelberg nach Reinerz aus nach Karlsberg. Eine Trommel- und Pfeifen- sowie Mandolinentabelle, ebenso Turner und Wandervogel hatten den Weg abfingert. In Karlsberg wurden die Quartiere bezogen, welche schon

am Tage vorher bestellt waren. Trodem erschienen immer wieder Quilborre- und Halenkreuzler sowie andere Dorelne und wollten Quartiere beziehen. Des öfteren sah es aus, als ob es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kommen würde. Bedauerlicherweise findet man immer noch sehr wenig Arbeitervereinigungen bei beruflichen Begegnungen, denen man die Gastfreundschaft ohne weiteres gewähren würde. Vor allen Dingen sind es

Kommunisten - Aufstand in Gelsenkirchen

So heult die gesamte Arbeiterpresse und im Verein mit ihnen die Arbeiterblätter „Volkswacht“, „Bergwacht“, „Vollkraft“, Bergweilungsausbrüche hungernder Proletarier werden in tendenziöser und sensationeller Weise aufgemacht. Die bürgerlichen Zeitungen zeigen wieder einmal ihr wahres Gesicht: Haß und Zoffeindschaft gegen die hungernde, arbeitende, ausgeplünderte Bevölkerung

Hunderttausende ausgebeuteter Arbeiter

lesen aber noch immer diese kapitalistische Schwindelpresse, ohne zu merken, daß sie damit ihren größten Feind und Ausbeuter, den Kapitalismus, unterstützt. Die Vorgänge in Gelsenkirchen, Bochum usw. zeigen wieder einmal, wie notwendig für die Arbeiterschaft eine Zeitung ist, die über alle Vorgänge vom Standpunkt der Arbeiterklasse und nicht im Interesse der Kapitalisten unterrichtet. Diese Zeitung ist in Schlesien nur das einzige Arbeiterblatt

Die Schlesische Arbeiter-Zeitung

Die kleinen Städte, die mit ihrem Bevölkerung immer noch viele Arbeiter als Anhänger zählen, obwohl diese schon lange nicht mehr dorthin gehören. Am Pfingstmontag ging es in aller Frühe dem Ziele entgegen. Die jugendlichen Turnerinnen und Turner treffeierten im Laufes nach oben, jeder wollte der erste sein. Die älteren nahmen sich mehr Zeit und fürzten den Weg durch Naturstudien und ernstlichen Betrachtungen ab. Auf der Heuschener selbst ging es durch Klippen- und Schluchten von Führern geführt über Eis und Schnee, währenddessen

im Thal 22 Grad im Schatten waren. Die Sonne war unterdessen höher gelagert und bei fast senkrechten Sonnenstrahlen gina es die Wasserfälle abwärts. In guter Marschordnung mit dem Gesang der Internationale marschierte der lange Zug durch Wänschel- und Kalken nach Mittelfeine, von wo aus die Rückfahrt angetreten wurde. Bei der letzten Kask, wo Abzweigung war, sah man verschiedene sehr besorgte ihre Fische betupfen und betrachten. Für Bergpartien sind die Oppolner sehr schlecht keine Gelegenheit geben, auf diesem Gebiete zu trainieren. Für die jüngeren Turnerinnen und Turner war es direkt eine Neuerung zu sehen, welche Naturphänomene ihnen selbst die nächste Umgebung bieten kann. Trodem hatte ein Teil der Beileigung entsagen müssen, weil ihnen ein Monatsgehalt von 2000 Mk., welches einige Doppelener Prinzipale zahlen, nicht ermöglichte, die ermüdeten Fahrtkosten zu zahlen. Die bürgerliche Welt hat kein Interesse daran, den Arbeiterkinder etwas zu bieten. Für fast alle werden wieder Jahre vergehen, ehe sie wieder Gelegenheit haben, wenigstens 2 Tage das Gebirge zu durchwandern und da noch wird uns die Lust dadurch verpestet, daß die Schieber und kapitalistischen Müßiggänger mit ihren Autos die Landstraßen entlang rasen. Manche belächeln sogar die Freiheit, aus dem Wagen zu winkeln. Ein Steinpöbel unserer Zeit wäre der richtige Gruß für dieses Weltel. Viele Jahre werden für alle Beteiligten diese zwei Tage eine schöne Erinnerung sein. Aber als „Freie Sportvereingung“ kann diese Erinnerung uns nicht genügen. Sondern als Mitglied in der Reihe der freien Arbeiterbewegung werden wir helfen, die Hindernisse zu beseitigen, die die Arbeiterjugend daran hindern, gleichberechtigt mitzuleben an den Freuden des Lebens und dem Schönen der Natur.

Beuthen OS. Ortsgruppenversammlung. Am 20. Mai fand hier eine gut besuchte Mitglieder-versammlung statt. Genosse Behr aus Gleiwitz sprach über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl in Beuthen und forderte die Mitglieder auf, bei der Wahl ihre Gefinnungsgeossen, die noch nicht der Partei angehören, dahin zu beeinflussen, daß die Stimmen unserer Liste gegeben werden. In dieses Referat schloß sich eine sehr rege Debatte an.

Zu der am 3. Juni d. J. in Striegau stattfindenden Bezirkskonferenz wurden als Delegierte die Genossen Dzianalla und Olinta gewählt. Genosse Behr teilte alsdann mit, daß er bei der Bezirksleitung wegen einer Veranstaltung eines Massenmeetings vorstellig wurde, zu welchem als Redner ein deutscher, ein russischer und ein französischer Genosse angefordert wurde, die über das Thema „Die Schmach an der Ruhr“ sprechen sollen. Hierauf wurden noch einige weitere Parteianglegenheiten besprochen. Die Versammlung wurde mit dem Gesang der Internationale geschlossen. — Das Treiben der Faschisten, am hiesigen Ort wird von Tag zu Tag unerhörter. Bei der am 17. d. Mts. stattgefundenen Demonstration gegen das Weidenauer Urteil marschierten

ble Selbstschulungsformationen unter Vorantragung von Schmarz-melk-rotten Fahren auf. Der übrige Teil der „Demonstranten“ bestand größtenteils aus schuldlosen Frauen und Mädchen, meistens Schiller höherer Lehranstalten. **Cosel OS.** Veränderungen in der Ortsgruppenleitung. In der letzten Mitglieder-versammlung legte Genosse Smarcala das Amt des Vorsitzenden infolge Krankheit nieder. Daraufhin wurde Genosse Fritz Sidorow als erster und Genosse Stiller als zweiter Vorsitzender einstimmig gewählt. Ferner gab Genosse Pander einen Bericht über die Abwehrbestrebungen der ober-schlesischen Arbeiter gegenüber den Faschisten und über den Betriebsrätekonkurrenz in Oberschlesien. Die Versammlung beschloß ferner sich an der Fahnenweihe der Ortsgruppe Walzen zu beteiligen.

Aus der Partei An alle Ortsgruppen!

Die Vorstandskonferenz findet am 3. Juni 1923, vormittags 10 Uhr, im Striegau im Restaurant Berg statt.

Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Sollte eine Ortsgruppe aus irgend welchen Gründen nicht erscheinen können, ist sofort unter Angabe von Gründen Meldung an die Bezirksleitung zu machen.

Better machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß noch einige Ortsgruppen im Rückstande sind mit den Kartothekarten. Diese Karten müssen unter allen Umständen bis spätestens zum 31. Mai in den Händen der Bezirksleitung sein.

Die Bezirksleitung.

Achtung Oberschlesische Ortsgruppen des Industriebezirks, sowie der Kreise Kofel, Ralibor, Leobschütz, Groß-Strehlitz, Oppeln, Kreuzburg und Falkenberg:

am Donnerstag, den 31. Mai vormittags 10 1/2 Uhr, findet im Hüttenagashaus, Gletwitz, Hüttenstraße 2,

eine außerordentliche Konferenz aller Ortsgruppenleiter statt. Die entferntesten Gruppen müssen durch einen Vertreter diese Konferenz bezeichnen. Aus dem Industriebezirk haben sämtliche Betriebsräte, gewerkschaftliche Funktionäre, Fraktionsleiter, und nach Möglichkeit die gesamte Gruppenleitung, außerdem die Kreisleitungen und die Jugendgruppenfunktionäre teilzunehmen. Symbolisierende Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute sind einzuladen. Am pünktlichen Erscheinen ersucht die Bezirksleitung.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Kurt Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Bischer, Redaktionsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Beramlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.
KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Leobuschstr. 49/50, Tel. 4957, 4958; Büro: Hfr. Lehner, Breslau, Leobuschstr. 49.
Bezirksleitungsitzung. Sonntag, den 2. Juni, abends 8 Uhr, in Striegau, Bachhöfstr. im Gasthof zur „Eich Fesler“. Jedes Bezirksleitungsmitglied muß unbedingt erscheinen.
Breslau. Die Fraktionsleiter haben die Sitzungsprotokolle bis zum 1. Juni vorzubereiten abzugeben. Die Gruppen müssen sich daran gewöhnen, die angelegenen Protokollunterlagen unbedingt innig zu halten, da die Protokollführung von der Darstellung des Gleiches verhängt.
Witten. Am 30. Mai, abends 7 Uhr, erziehen in der Versammlung, Nikolaistr. 49/50, sämtliche Fraktionsleiter der Partei zu einer wichtigen Sitzung. Die Protokolle müssen mitbringen.
Mittelt. Sonntag, den 2. Juni, 7:30 Uhr, Bezirksversammlung im „Vereinsklub“, Nikolaistr. 49/50. Es ist Pflicht eines jeden Genossen persönlich zu erscheinen. Einmalige Teilnahme reicht nicht aus. Es ist Pflicht, eine Stunde lang, sehr wichtiges Thema, Referat zu machen.
Mittelt. Freitag, den 1. Juni, abends 7:30 Uhr, Bezirksversammlung im „Vereinsklub“, Nikolaistr. 49/50.
Beuthen-OS. Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr, findet ein Parteitag, nach der 1922. Juni. Jeden Sonntag abends 7 Uhr, Bezirksversammlung im „Vereinsklub“, Nikolaistr. 49/50. Es ist Pflicht eines jeden Genossen persönlich zu erscheinen. Einmalige Teilnahme reicht nicht aus. Es ist Pflicht, eine Stunde lang, sehr wichtiges Thema, Referat zu machen.
Mittelt. Freitag, den 30. Mai, abends 7 Uhr, im „Vereinsklub“, Nikolaistr. 49/50, Bezirksversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen persönlich zu erscheinen. Einmalige Teilnahme reicht nicht aus. Es ist Pflicht, eine Stunde lang, sehr wichtiges Thema, Referat zu machen.
Mittelt. Freitag, den 30. Mai, abends 7 Uhr, im „Vereinsklub“, Nikolaistr. 49/50, Bezirksversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen persönlich zu erscheinen. Einmalige Teilnahme reicht nicht aus. Es ist Pflicht, eine Stunde lang, sehr wichtiges Thema, Referat zu machen.

Der Preis für den Gas-, Wasser- und Stromverbrauch von der Ableitung im Mai 1923 bis zur Ableitung im Juni 1923 beträgt:

Für 1 cbm Gas	560 Mk.
1 kwh Strom zur Beleuchtung	820 "
zur Kraftübertragung	"
innerhalb der Sperrstunden	820 "
außerhalb	615 "
1 cbm Wasser	"
innerhalb der Stadt	440 Mk.
außerhalb	530 "

Nach diesen Preisen werden die Zahlungen jedes Abnehmers für Gas, Strom und Wasser berechnet werden.

Infolge Steigerung der Kohlenpreise, Frachten, Löhne und Gehälter sind die Preise neu festgesetzt:

Vom 1. Juni 1923 ab:

Für 1 kwh Strom zur Beleuchtung	1150 Mk.
zur Kraftübertragung	"
innerhalb der Sperrstunden	1150 "
außerhalb	770 "
1 cbm Wasser	"
innerhalb der Stadt	520 "
außerhalb	625 "

Vom 28. Mai 1923 ab:

1 cbm Gas auf	700 "
---------------	-------

Münzgaswertmarken werden von diesem Tage ab zum Preise von 700 Mk. für das Stück abgegeben.

Der Magistrat.

Alfred Schlesinger
Nähmaschinen
auch auf Teilzahlung.
Schmiedebrücke Nr. 29 a.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Sprich die **Weltsprache „Esperanto“** die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und auch verwendet wird!

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten bei **H. Kluge** Remmert 12, I.

Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland
Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit von **Willy Münzberg**. Broschüre, 38 Seiten stark. Preis 200.— Mark.

Küchen
groß Auswahl sehr preiswert. Gieseler Brüderstr. 23.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50 Abteilung Buchhandlung.

KJD

Bezirksleitung: Hfr. Glöner, Breslau, Leobuschstr. 49/50, Tel. 4957, 4958; Hfr. Glöner, Breslau, Leobuschstr. 49.
Breslau. Freitag, den 29. Mai, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung im „Vereinsklub“, Nikolaistr. 49/50. Es ist Pflicht eines jeden Genossen persönlich zu erscheinen. Einmalige Teilnahme reicht nicht aus. Es ist Pflicht, eine Stunde lang, sehr wichtiges Thema, Referat zu machen.
Witten. Am 30. Mai, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung im „Vereinsklub“, Nikolaistr. 49/50. Es ist Pflicht eines jeden Genossen persönlich zu erscheinen. Einmalige Teilnahme reicht nicht aus. Es ist Pflicht, eine Stunde lang, sehr wichtiges Thema, Referat zu machen.
Mittelt. Freitag, den 30. Mai, abends 7 Uhr, im „Vereinsklub“, Nikolaistr. 49/50, Bezirksversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen persönlich zu erscheinen. Einmalige Teilnahme reicht nicht aus. Es ist Pflicht, eine Stunde lang, sehr wichtiges Thema, Referat zu machen.

Der Bauerott Deutschlands!

160 Seiten hart. Preis brosch. 2000 Mk.
Deutschland — eine Kolonie?
von Dr. Eugen Petersen.
Aus dem Jahrbuch haben wir folgende Kapitel hervor:
1. Begegnung Kolonie jenseits Deutschland werden?
2. Die politische Wirtschaftslage Deutschlands
3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit
4. Die Reparationsfrage
5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands
6. Agrarpolitische Fragen.
90 Seiten hart. Preis 1400 Mk.

Die Not der Proletarierfinder

Herausgegeben vom Finanz-Redaktionsrat der KPD. 20 Seiten hart. Preis 150 Mk.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. / Breslau / Nikolaistr. 49/50 Abteilung Buchhandlung.

Achtung!
Zahle die höchsten Preise für Alteisen, Almetalle, Zeitung, Makulatur u. Papier
und übernehme **Maschinenabbrüche.**
A. Linke
Lessingstraße 10
Telefon Ohle Nr. 6582 Nebenstelle.
Achtung auf Hausnummer.

Welcher Kollege kann einem Kollegen 8000.— Mk.
gegen gute Verzinsung leihen?
Angebote unter P. W. 90 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Andere Organisationen

Einem neuen Leser, Genosse!

Achtung Genossen!
Anfertigung sämtlicher Herren-Garderobe nach Maß zu den billigsten Preisen. 150.
W. Radlewski, Oderstr. 14, III.